

# Behörden Spiegel

Unabhängige Zeitung für den Öffentlichen Dienst

Sonderdruck

Nr. V / 28. Jahrgang

Berlin und Bonn / Mai 2012

www.behoerdenspiegel.de

## Position der Russischen Föderation zur Raketenabwehr

Perspektiven der Zusammenarbeit Russlands und der NATO

Von Sergej Koschelew, Leiter der Hauptabteilung für Internationale Beziehungen im  
Verteidigungsministerium der Russischen Föderation

**(BS)** Seit Jahren wird über die Abwehr von Raketen, die besonders aus dem Nahen und Mittleren Osten gegen Europa gerichtet werden könnten, gesprochen. Die USA haben dazu mit den europäischen NATO-Partnern ein Konzept erarbeitet, welches auf dem NATO-Gipfel in Chicago am 20. und 21. Mai beschlossen werden soll. Auf dem vorhergehenden NATO-Russland-Rat Mitte April konnte keine Einigung erzielt werden. Russland sieht den Raketenschild als eine Bedrohung der strategischen Stabilität an. So forderte der russische Außenminister Sergei Lawrow während des Rates "klare Garantien, dass die Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet sei". Wegen der zentralen Bedeutung dieser Frage für das langfristige Verhältnis zu Russland gibt der Behörden Spiegel die ausführliche Darstellung der russischen Position, verfasst von dem Hauptabteilungsleiter für Internationale Beziehungen im Verteidigungsministerium der russischen Föderation, Sergej Koschelew, wieder.

(BS/Sergej Koschelew) Als aller erstes möchte ich mich bei Ihrer Zeitschrift bedanken für die Möglichkeit, mich zu der russischen Sichtweise dieses am meisten drängenden politisch-militärischen Problems äußern zu dürfen. Handelt es sich doch bei der Raketenabwehr um ein sich direkt auf die Sicherheit auswirkendes Problem, nicht nur in der euroatlantischen Region, sondern auf der ganzen Welt. Das Interesse der europäischen Gemeinschaft zu diesem Thema spiegelt die Aktualität und die Notwendigkeit der Suche nach gemeinsamen Lösungen wider.



Die damaligen Präsidenten, Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, und der Präsident der USA, George W. Bush, bei der Unterzeichnung des SORT-Abkommens zur Begrenzung der Anzahl nuklearer Gefechtsköpfe im Jahr 2002.

Foto: BS/U.S.Government

### Der Blick zurück

Wenn wir über die Raketenabwehr sprechen, geht es nicht ohne eine Betrachtung der Geschichte. Zur Erinnerung, dieses Thema steht seit den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf der Tagesordnung des strategischen Dialogs zwischen der UdSSR (später Russland) und den USA.

Abhängig davon, wie das Verhältnis dieser beiden Länder zueinander sich entwickelte, stand das gesellschaftliche Interesse an dieser Frage mal stärker und mal schwächer im Fokus des Dialogs. Es reicht zum Verständnis, wenn

wir die breite öffentliche Resonanz des Jahres 1983 betrachten, nachdem der Präsident der USA, *Ronald Reagan*, sein Programm, das breitgefächerte System der Raketenabwehr mit Elementen der kosmischen Abstützung, bekannt als "Strategic Defense Initiative", vorstellte. Das Thema Raketenabwehr steht bis heute im Fokus der ständigen Aufmerksamkeit vieler Länder. Und die Tatsache, dass das Thema nicht mehr nur von Politikern und Experten diskutiert wird, sondern ein Bestandteil der internationalen Gemeinschaft gewor-

den ist, bestätigt nur die Aktualität in den modernen internationalen politisch-militärischen Beziehungen.

Die Positionen von Russland und den USA entwickeln sich dabei stetig weiter. In der Geschichte der Beziehung dieser zwei Länder, verbunden mit der Problematik der Raketenabwehr, gab es auch dramatische Momente. Es ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich, dass die USA im Jahre 1972 den Abschluss des ABM-Vertrages initiierten und 30 Jahre später aus dem Vertrag einseitig aus-

stiegen. Dieser Fakt verdient besondere Beachtung, weil er die Schwierigkeit des Prozesses widerspiegelt und zeigt, dass Probleme hervorgerufen werden allein aufgrund der Tatsache, ob ein Land Systeme für eine wirksame strategische Raketenabwehr besitzt oder nicht.

### Strategisches Gleichgewicht

Aus unserer Sicht gibt es einen objektiven Zusammenhang zwischen strategischen Angriffs- und Verteidigungswaffen bzw. Antiraketenabwehr (SAW / SVW). Dieser Zusammenhang äußert sich darin, dass die beiden Komponenten das sogenannte strategische Gleichgewicht der Kräfte definieren. Dies gilt es zu verdeutlichen.

Wenn zwei Länder nur strategische ballistische Raketen haben (Interkontinental- und U-Bootraketen/SLBM) und deren Anzahl sowie die Einsatzbereitschaft und die technischen Parameter gleich oder zumindest vergleichbar sind, kann man es Parität bei strategischen Angriffswaffen nennen, spricht: ein strategisches Gleichgewicht der Kräfte. Wenn eines von den Ländern aber ein größeres Raketenabwehrsystem besitzt und das andere Land nicht, dann ist das

strategische Gleichgewicht gestört und verändert sich um die Anzahl der strategisch ballistischen Raketen und deren Sprengköpfe, die das Raketenabwehrsystem im Stande ist abzuwehren.

Die vernünftigste Reaktion auf die einseitige Einführung eines Raketenabwehrsystems ist die Kompensation der militärisch-technischen Maßnahmen. Hier existieren zwei Hauptoptionen: Entweder man vergrößert die SAW oder die SVW. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, dass die Ausweitung eines Angriffssystems als Antwort auf die Ausweitung des Verteidigungssystems eines anderen Landes die effektivste Methode ist. Aber die Folgen eines solchen Szenarios sind leicht vorhersehbar: Rückkehr zum Rüstungswettlauf und Wachsen der Konfrontation.

### Gegenseitige Abschreckung

Fest steht, das Konzept der strategischen Machtbalance entstand als Folge der Bemühungen, einen Atomkrieg zu verhindern, denn die Folgen eines Atomkrieges waren den führenden Atommächten mehr als klar. Dieser Weg wurde als sogenannte "atomare Abschreckung" bezeichnet, basierend auf der Androhung der "garantierten gegenseitigen Vernichtung". Auf diesem Gedanken fußt auch die Idee des Gleichgewichts der Kräfte der SAW. Voraussetzung für den Erfolg dieser Methode ist, dass die Atommächte kein Raketenabwehrsystem besitzen. In diesem Sinne ist auch der russisch-amerikanische Vertrag des Jahres 1972 zu verstehen, der den Umfang des Einsatzes von Raketenabwehrsystemen stark begrenzte. Erlaubt war – und welche Option man wählte lag im Ermessen des jeweiligen Staates – entweder ein Abwehrsystem rund um die Hauptstadt des Staates oder um eine Basis der interkontinentalen ballistischen Raketen. Verboten waren ein umfassendes bodengestütztes Raketenabwehrsystem sowie See-, Luft- und Weltraumgestützte Basen und mobile Bodensysteme. Die Gefahr bestand darin, dass atomare ballistische Systeme eine Illusion der Unantastbarkeit eines Landes schafften, was den Weg für einen potenziell ungestraften er-

sten Schlag geebnet hätte. Mit den erlaubten Raketenabwehrsystemen blieb eine Antwort auf einen Angriff möglich. Deshalb, um nicht der Versuchung zu erliegen, das Erringen der entscheidenden Überlegenheit im Bereich der strategischen Waffen durch eine Seite anzustreben, war seinerzeit der Vertrag über die Antiraketenabwehr abgeschlossen worden.

### Grenzen der Abrüstung

Dank der annähernden Parität der strategischen Angriffswaffen bei gleichzeitiger Begrenzung der strategischen Antiraketenabwehr gelang es, Konflikte mit Einsatz von Atomwaffen zu verhindern. Heute wird die Theorie der gegenseitigen Abschreckung allerdings nicht mehr einheitlich gesehen. Manche behaupten, dass dieses Konzept, das in den Jahren des Kalten Krieges entstand, veraltet und nicht mehr für die Bewahrung des Weltfriedens geeignet ist. In den letzten Jahren wurden wir Zeugen vieler öffentlich-politischer Versuche zugunsten des sogenannten globalen Atomnulls.

In Russland stößt die Idee der kompletten weltweiten Abrüstung von Atomwaffen auf Zustimmung. Der russische Präsident *Medvedev* unterstrich in seiner Rede bei dem Pariser Forum der internationalen Initiative "Global Zero" im Februar 2010: "Heutzutage ist es unsere Pflicht, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, dass möglichst alle Massenvernichtungswaffen endgültig und unwiederkehrbar in die Vergangenheit verschwinden."

Auf der Suche nach neuen Formen der Erhaltung der internationalen Sicherheit formen sich Konzepte der "garantierten strategischen Stabilität". Mit interessanten Überlegungen zu diesem Thema positionierte sich auch Deutschland. Jedoch müssen alle diese neuen Ideen sehr gut durchdacht sein.

Sicherlich ist die Idee der Sicherung des Friedens auf der Welt mit anderen Grundsätzen als der Abschreckung mit Atomwaffen sehr attraktiv, von der praktischen Umsetzung ist sie aber noch weit entfernt. In der Realität bestand die Basis der globalen Stabilität und Sicherheit in den letzten 70 Jahren aus strategischen Atomwaffen. Die sofortige Entfernung dieses Faktors aus der Beziehung der Großmächte

ist unmöglich. Jeder Versuch, die Situation nach so vielen Jahren der strategischen Parität zu verändern, bringt unausweichlich diese globale Stabilität ins Schwanken. Deshalb plädiert Russland dafür, dass wir schrittweise und ausgewogen beim Thema globale Stabilität und Sicherheit vorgehen, einschließlich des Faktors Raketenabwehrsystem. Diese Forderung wurde in der Präambel des neuen Vertrages zu START bestätigt. Wir denken, dass wir kein großes Geheimnis verraten, wenn wir zugeben, dass die Autorenschaft der Formulierung der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der strategischen Angriffswaffen und der strategischen Raketenabwehr im Prozess der atomaren Abrüstung auf amerikanischer Seite liegt. Wir teilen eine solche Fragestellung.

### Die Gefahr durch Dritte

Doch welche realen Ereignisse bestimmten die strategischen Beziehungen zwischen Russland und den USA sowie Russland und der NATO in den letzten Jahrzehnten? Besonders nach dem Zerfall der UdSSR überlegten sich die Amerikaner, dass mit dem militärisch "geschwächten Russland" die Erhaltung des strategischen Gleichgewichts nicht mehr notwendig sei. Es war verlockend für die USA, mit der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems dieses Gleichgewicht endgültig zu zerstören. Das erste "Opfer" dieser Überlegungen war der Bruch des Vertrages von 1972, was für die Amerikaner einen Freischein zur Entwicklung des globalen Raketenabwehrsystems bedeutete. Auch wenn es keinen Grund gab, ein solches System zu entwickeln oder zu nutzen. Denn in der Realität gab es keine direkte Bedrohung durch "Schurkenstaaten" und für die USA stellte sich nicht die Aufgabe, im Falle eines Angriffs ihre europäischen Partner vor Raketen der Schurkenstaaten zu beschützen. Seit damals wurden sehr viel Kraft und Mittel verschwendet, um zu "beweisen", dass die Gefahr durch "unberechenbare Regime" real ist und ständig wächst. Diese Argumente wurden unter anderem bei der Planung der sogenannten "dritten Stufe" des Raketenabwehrsystems in Europa bemüht.

Es ist hier nicht notwendig, auf die Polemik einzugehen, warum

Russland die Einschätzung einer Gefahr durch einen "Dritten" nicht teilt. Dies ist ein Thema von Verhandlungen und Moskau hat seine argumentative Meinung dazu bereits geäußert. Im Endeffekt muss jedes Land die Bedrohung seiner nationalen Sicherheit selbst bewerten und daraus Schlüsse ziehen. Deswegen fechten wir auch das Recht der amerikanischen Kollegen und ihrer NATO-Verbündeten, einschließlich Deutschland, nicht an, zu entscheiden, ob eine Gefahr durch Raketenprogramme der Länder des Nahen Ostens gegeben ist oder nicht. Aber wir bestehen darauf, dass unsere Partner uns das gleiche Recht einräumen.

### Gemeinsame Sicherheit

Für uns war der NATO-Gipfel in Lissabon 2010 ein wichtiger Meilenstein in der Beziehung zwischen Russland und der NATO. Der NATO-Russland-Rat hat verkündet, dass die Sicherheit Russlands und der Staaten der euroatlantischen Gemeinschaft unteilbar und voneinander abhängig ist. Daraus folgte die Entscheidung, in einer tatsächlichen strategischen Partnerschaft, die auf Vertrauen, Vorhersagbarkeit und Transparenz basiert, für die Schaffung eines gemeinsamen Friedens- und Stabilitätsraums zusammenzuarbeiten. In der Frage der Raketenabwehr entschied man sich zur Fortsetzung der Bedrohungsanalyse, die Zusammenarbeit in Bezug auf mögliche Kriegsschauplätze zu erneuern sowie zur Durchführung einer gemeinsamen umfassenden Bestimmung der weiteren Kooperation.

Leider muss man feststellen, dass es bei Weitem nicht gelungen ist, alle Lösungen von Lissabon durchzuführen.

Einer der wichtigen Schritte des Entgegenkommens von der russischen Seite in Bezug auf SAW war der Vorschlag des russischen Präsidenten *Medvedev* im November 2010 zum gemeinsamen Aufbau der Raketenabwehr, basierend auf dem Prinzip der Aufteilung in Verantwortungszonen, wobei jeder der Partner, Russland und die NATO, für einen Sektor verantwortlich ist. So eine Vorgehensweise würde es jedem Land, darunter auch Deutschland, ermöglichen, sich aktiv an der gemein-

samen europäischen Raketenabwehr zu beteiligen.

Man könnte nun denken, die Zusammenarbeit entwickle sich schnell, da die Initiative von *Medvedev* der allgemeinen Stimmung zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO entsprach. Aber es scheint, dass unsere Partner zur Realisierung eines solch zukunftssträchtigen Projektes nicht bereit waren. Als Grund wurde vorgeschoben, dass laut Artikel V des Vertrages von Washington die Sicherheit eines NATO-Mitglieds nicht in die Hände eines Nicht-Bündnispartners gelegt werden könne. Wir wissen nicht, wie gerechtfertigt dieses Argument ist. Aber in vielen von der NATO durchgeführten Operationen, beispielsweise in friedensstiftenden wie Afghanistan, war die Mitarbeit durch Nicht-NATO-Länder nicht unerwünscht, sie wurde im Gegenteil sehr willkommen geheißen. Die NATO scheint in der Raketenabwehr eine sehr spezielle militärische Aktivität zu sehen, nicht geeignet zur weiteren Zusammenarbeit mit Russland. Im Endergebnis hat die russische Idee der sektoralen Verantwortung für Raketenabwehr in Europa keine Unterstützung durch die NATO erhalten.

### Der fehlende „gemeinsame Nenner“

Die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten beider Seiten hinsichtlich der Bedrohung durch Raketen bleiben bestehen. Ohne einen gemeinsamen Nenner ist es unmöglich, eine qualitative Lösung des Problems zu finden. Es gibt keine Fortschritte in der gemeinsamen Suche zukünftiger Bedingungen für die Raketenabwehr. Unsere NATO-Kollegen, die mündlich das Prinzip der Partnerschaft und Zusammenarbeit unterstützen, schlossen aber tatsächlich überaus schnell einen Vertrag zur Stationierung der Raketenabwehr in Rumänien, der Türkei und Spanien und planen ein Raketenabfangsystem in Polen. Diese Systeme sind perspektivisch in der Lage, russische Interkontinentalraketen abzufangen. Experten des russischen Verteidigungsministeriums bewerten die Situation so, dass diese Mittel kurzfristig eine Bedrohung für unsere ballistischen Raketen, disloziert im europäischen Teil unseres Landes,

oder in U-Booten, die in den Räumen der nördlichen Ozeane patrouillieren, darstellen. Das ist eine direkte Bedrohung für das oben genannte strategische Gleichgewicht der Kräfte. Aber auf alle unsere Bedenken hören wir nur eine Antwort: Kein Grund zur Sorge, das zukünftige europäische Raketenabwehrsystem wird nicht gegen Russland verwendet.

Um alle Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, wandte sich Russland an die USA und die NATO, um juristische Garantien zu bekommen, dass deren Systeme nicht gegen Russland verwendet würden. Dabei hat die russische Seite vorgeschlagen, einfache und verständliche Kriterien abzustimmen, mithilfe derer man prüfen könne, dass sich die Planungen nicht gegen Russland richten. Die Antwort fiel negativ aus, mit der Begründung, dass solche Zusicherungen die „Handlungsfreiheit der USA und NATO einschränken“ könnten.

Die gemeinsame Übung „Kommando-Stabsübung Antiraketenabwehr“ bleibt wohl das einzig positive Moment nach Lissabon. Wir schätzen den deutschen Beitrag zur Vorbereitung dieser Übung sehr.

Wenn wir die entstandene Situation betrachten, ist es schwierig nicht zu bemerken, dass heute ein starkes Auseinanderklaffen zwischen den getroffenen Entscheidungen in Sachen SAW und den praktischen Schritten in der Ausbreitung von Systemen zur Raketenabwehr in Europa besteht. Dabei werden objektive Sorgen Russlands ständig ignoriert. Unsere Bedenken erreichen nicht unsere Partner in Washington und Brüssel.

### Die russische Antwort

Man sollte denken, dass in dieser Situation, statt der im Großen und Ganzen weit hergeholt und politisch aufgetauschten „Raketenbedrohung“ durch den Iran oder das nordkoreanische Kernwaffenprogramm, die NATO erst einmal die Frage klären sollte, wie groß die Bereitschaft Russlands ist, Systeme zur Raketenabwehr in Europa zu dulden. Auch wenn wir dies eigentlich nicht anstreben, so sind wir doch gezwungen, Maßnahmen zur Stärkung unserer eigenen Sicherheit zu ergreifen, nämlich als Antwort

auf die näherkommende militärische Infrastruktur der USA und der NATO an unseren Grenzen.

Diesen Punkt beleuchtete *Medvedev* in seiner politischen Erklärung am 23. November 2011. Er nannte als Antwort auf die Schaffung des Systems der Antiraketenabwehr der USA und NATO in Europa sowohl militärisch-technische als auch diplomatische Maßnahmen.

Militärisch-technische Maßnahmen:

- Stationierung eines radargestützten Raketenwarnsystems in Kaliningrad.
- Verstärkung des Schutzes der Objekte der strategischen Kernwaffen.
- Ausrüstung der Raketen mit Technologien zur Überwindung des Antiraketen-schirms.
- Die Möglichkeit der Stationierung von atomaren Angriffsraketen im Westen und Süden des Landes (Russland), insbesondere der operativ-taktischen Systeme „Iskander“ in der Region Kaliningrad.

Diplomatische Maßnahmen:

- Im Falle einer ungünstigen Entwicklung der Lage die Absage Russlands bei weiteren Schritten in der Abrüstung.
- Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rechts auf Austritt aus dem neuen START-Vertrag durch Russland.

*Medvedev* unterstrich, dass wir weiterhin bereit sind, über die Raketenabwehr zu sprechen. Aber momentan lohnt es sich nicht, über praktische Zusammenarbeit zu reden. Und Russland kann sich nicht an einem Raketenabwehrsystem beteiligen, welches gegen es selber gerichtet werden könnte.

Die Führung des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation unterstützt den Präsidenten sowohl bei den Abwehrmaßnahmen als auch in dem Wunsch, einen weiteren Dialog mit den USA und der NATO in Bezug auf die Raketenabwehr zu führen, handelt es sich doch hierbei um eines der sensibelsten Probleme in der Beziehung zwischen Russland und dem Westen. Es ist bedauerlich, dass manche Politiker in Washington und Brüssel in der Ansprache des russischen Präsidenten einen reinen „Propaganda-Trick“ sahen, der angeblich von innenpolitischen Überle-

gungen diktiert worden sei. Ist es wirklich nötig zu beweisen, dass wir auch zu Aussagen auf höchstem Niveau stehen und die obengenannten Maßnahmen ergreifen werden, damit die Welt uns glaubt? Einen Schritt im Dialog über diesen Punkt hinaus zu machen, ab dem es kein Zurück mehr gibt, ist einfach. Aber danach hat man keine Chance mehr, mit irgendwelchen politischen Absprachen erfolgreich zu sein – die militärischen Kräfte und die militärische Überlegenheit werden zum Hauptargument. Diese Situation hatten wir schon und das Resultat hat keine Seite zufrieden gestellt. Wir haben kein Interesse daran, Fehler zu wiederholen.

### Das gemeinsame Haus

Zusammenfassend hoffe ich, dass die deutschen Leser verstehen, dass es sich nicht um irgendwelche abstrakten Probleme handelt, sondern es geht direkt um die Sicherheit unseres gemeinsamen europäischen Hauses. In Russland glauben wir wirklich, man kann und sollte die Stabilität und Vorhersehbarkeit des euroatlantischen Raumes auf neuen Prinzipien aufbauen, die nichts mit dem die Periode des Kalten Krieges bestimmenden „Nullsummenspiel“ gemein haben. Wir wollen auch glauben, dass Deutschland nicht an den neuen trennenden Linien interessiert ist, die zu einer Wiedererneuerung gewalttätiger Konfrontationen führen können. Umso mehr, als die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern, auch aus militärischer Sicht, auf dem Aufbau zwischenstaatlicher Beziehungen, basierend auf Vertrauen und gleichberechtigter Zusammenarbeit, Realität ist, basierend auf der Anerkennung der jeweiligen Interessen und Gleichberechtigung des Anderen.

Ich würde meinen Artikel gerne optimistisch beenden. Wir sind bereit zu einem weiteren gleichberechtigten und freundschaftlichen Dialog zur Suche nach einer gegenseitig annehmbaren Lösung. Eine Lösung, die das europäische System nicht verwundbar macht, sondern es im Gegenteil stärkt. Und dafür ist es wichtig, nicht nur zuzuhören, sondern einander auch verstehen zu wollen.

## Europa und seine Nachbarn – gemeinsame Verantwortung für Stabilität

27. – 28. November 2012

andel's Hotel & Convention Center Berlin



Programm, Anmeldung  
und mehr Informationen:  
[www.euro-defence.eu](http://www.euro-defence.eu)